



## Antrag

der Abgeordneten **Dr. Gerhard Hopp, Dr. Ute Eiling-Hütig, Holger Dremel, Prof. Dr. Winfried Bausback, Tanja Schorer-Dremel, Martin Wagle, Alex Dorow, Karl Freller, Sebastian Friesinger, Andreas Kaufmann, Peter Wachler, Konrad Baur, Norbert Dünkel, Jürgen Eberwein, Wolfgang Fackler, Kristan Freiherr von Waldenfels, Thorsten Freudenberger, Alfred Grob, Josef Heisl, Thomas Holz, Björn Jungbauer, Tobias Reiß, Martin Stock, Peter Tomaschko CSU,**

**Florian Streibl, Felix Locke, Ulrike Müller, Tobias Beck, Martin Behringer, Dr. Martin Brunnhuber, Susann Enders, Stefan Frühbeißer, Johann Groß, Wolfgang Hauber, Bernhard Heinisch, Alexander Hold, Marina Jakob, Michael Koller, Nikolaus Kraus, Josef Lausch, Christian Lindinger, Rainer Ludwig, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Julian Preidl, Anton Rittel, Markus Saller, Martin Scharf, Werner Schießl, Gabi Schmidt, Roswitha Toso, Roland Weigert, Jutta Widmann, Benno Zierer, Felix Freiherr von Zobel, Thomas Zöller und Fraktion (FREIE WÄHLER)**

### **Der Freistaat Bayern steht fest und solidarisch an der Seite Israels**

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag verurteilt den brutalen und menschenverachtenden terroristischen Angriff der Hamas auf Israel und die dort lebenden Menschen am 7. Oktober 2023, die verübten Gräueltaten und die andauernden Geiselnahmen. Der Landtag fordert die unverzügliche und bedingungslose Freilassung aller im Gazastreifen festgehaltenen Geiseln.

Der Landtag betont, dass der Freistaat uneingeschränkt und solidarisch an der Seite des Staates Israel steht. Der Landtag erkennt das Recht Israels an, sich zu verteidigen und anerkennt die großen Bemühungen Israels, zivile Opfer zu vermeiden und humanitäre Hilfe zu ermöglichen.

Der Landtag bekräftigt, dass das Existenzrecht Israels auch in Bayern Staatsräson ist. Antisemitismus, Hass und Hetze gegen Israel und Verherrlichung von Gewalt haben in Bayern keinen Platz. Die Verpflichtung zum Schutz jüdischen Lebens ergibt sich nicht nur aus historischer Verantwortung, sondern aus der deutschen Werteordnung.

Der Landtag bekräftigt auch, dass zur Rechenschaft gezogen und mit aller Härte des Gesetzes bestraft werden muss, wer die Hamas-Angriffe bejubelt, das Existenzrecht Israels leugnet und die Opfer der feigen Anschläge auf unerträgliche Weise verhöhnt. Straftaten von Hamas-Anhängern in Bayern dürfen nicht toleriert werden.

Der Landtag sieht die Bundesregierung gefordert, weiterhin für eine Befriedung des Konflikts einzutreten und dabei Israel volle Solidarität und größtmögliche Unterstützung zu gewähren. Das gilt auch für die volle Unterstützung für Israel auf Ebene der Vereinten Nationen.

Der Landtag befürwortet das Engagement der Bundesrepublik Deutschland, humanitäre Hilfe in den betroffenen Gebieten zu leisten. Gleichzeitig muss aber auch sichergestellt sein, dass solche Hilfsgelder ausschließlich zu humanitären Zwecken gewährleistet und nicht zur Stärkung der Hamas und zur Förderung israelfeindlicher Einstellungen verwendet werden. Der Landtag hält es für richtig und überfällig, dass nach den Vorwürfen gegen Mitarbeiter des UN-Hilfswerks für palästinensische Flüchtlinge (UNRWA), am Überfall der radikal-islamischen Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023

beteiligt gewesen zu sein, Deutschland gemeinsam mit anderen Geberländern bis zur vollständigen Aufklärung der Vorwürfe keine neuen Mittel freigeben wird.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, im Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen zu berichten, wie die engen und freundschaftlichen Beziehungen zwischen dem Freistaat und Israel in der aktuellen Situation weiter intensiviert und gepflegt werden können.

Der Landtag unterstreicht die Bedeutung, die die Eröffnung des Büros des Freistaates für Wirtschaft, Wissenschaft, Technologie, Bildung und Jugendaustausch in Israel im Jahr 2017 und dessen Arbeit für die Beziehungen der beiden Länder hat. Der Landtag zeigt sich sehr erfreut, dass auch aufgrund der Bemühungen der Staatsregierung mit der Konferenz der Europäischen Rabbiner (CER) eine internationale jüdische Organisation 2023 ihren Hauptsitz in Bayern eröffnet hat.

### **Begründung:**

Im Januar 2024 sind nun 100 Tage seit dem brutalen Angriff der Hamas auf Israel vergangen. Die kriegerischen Auseinandersetzungen haben seitdem tausende Opfer gefordert. Noch immer befinden sich 136 Geiseln in der Gewalt der Hamas.

Alle Seiten tragen Verantwortung zu Humanität und Menschlichkeit. Humanitäre Hilfe für die Zivilbevölkerung muss ermöglicht werden. Dabei muss aber sichergestellt sein, dass Hilfe wirklich nur humanitären Zwecken dient und nicht für die Unterstützung von Gewalt und Terror missbraucht wird.

Der Landtag erkennt die außerordentliche Schwierigkeit, in dem seit Jahrzehnten schwelenden Konflikt eine dauerhafte und für alle Seiten akzeptable Lösung zu finden. Gleichwohl gilt es aus Sicht des Landtags, alles für eine möglichst baldige Einstellung der Kampfhandlungen zu tun. Die Geiseln sind unverzüglich freizulassen.

Da die Sicherheit Israels deutsche und bayerische Staatsräson ist, verbietet es sich, dass weiterhin Gelder aus Deutschland den grausamen Terror der Hamas gegen Israel mitfinanzieren. Der Landtag sieht das große Leid der palästinensischen Zivilbevölkerung im Gazastreifen und befürwortet humanitäre Hilfe. Gelder dürfen aber nicht an Organisationen fließen, bei denen auch nur der leiseste Verdacht besteht, dass terroristische Akteure und Israelfeinde davon profitieren oder israelfeindliche Einstellungen befördert werden könnten.

Der Jugend-, Kultur- und Wissenschaftsaustausch spielt eine wichtige Rolle für das freundschaftliche Verhältnis der beiden Länder.